

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
6. August 1915

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zunben), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Gegen den Lebensmittelwucher. — Zur Soziologie des Krieges. Von  
Fritz Röttcher. — Das uneheliche Kind und der Krieg. Von F. Kl.  
— Eine Selbstanzeige. Von Luise Zieg.  
Aus der Bewegung: Genossin Klara Behmann-Leipzig †. — Gewerk-  
schaftliche Kundschau.  
Notizenteil: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Frauenstimmrecht.  
— Die Frau in öffentlichen Ämtern.

## Gegen den Lebensmittelwucher.

Während die Männer vieler europäischen Nationen auf den blutgebündelten riesigsten Schlachtfeldern der Geschichte für ihre Staaten um Weltmacht und Weltherrschaft ringen, müssen die Frauen daheim einen harten Feind bestehen: den Lebensmittelwucher. Er treibt die Preise der unentbehrlichsten Bedarfswaren künstlich in die Höhe, ohne sich darum zu kümmern, daß sie ohnehin schon infolge des Krieges beträchtlich gestiegen sind. Er kennt keine Bedenken vor dem schmalen und häufig noch geschmälereten Einkommen sehr großer Volkskreise; er hat kein Ohr für die Bitten sorgenbeschwerter Hausfrauen, kein Herz für die Not darbender Mütter und Kinder; ihm ist die Rücksicht auf die Widerstands- und Verteidigungskraft des Heimatlandes fremd, die Achtung vor der Volksgesundheit, der Quelle künftiger Tüchtigkeit, ist ihm toter Buchstabe. Der Lebensmittelwucher hat nur ein Dichten und Trachten: die Stunde so vollständig als möglich auszunutzen, um einzelnen einen Sondergewinn zuzuschlagen.

Es handelt sich dabei um eine internationale Erscheinung, die wohl in der Treibhausstimmung der Kriegsatmosphäre geil aufgeschossen ist, sich aber nicht einmal auf die kriegführenden Länder beschränkt. Aus der Schweiz erklingen die beweglichsten Klagen darüber, daß wucherische Preistreiber die Lebenshaltung für die breitesten Massen unerschwinglich verteuern. Nicht anders stehen die Dinge in den Niederlanden, wo Händler Obst, Beeren, Gemüse in Deutschland einkaufen — trotz des Verbots der Ausfuhr! — und statt den heimischen Markt damit zu versorgen, mit fettem Profit nach England schaffen. Der Vorgang ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß in der vom Privateigentum und Privatinteresse regierten Welt das Geschäft vor dem Vaterland geht. Auf der Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen zu Bern waren es die englischen Delegierten, die eine Resolution scharfen Protestes gegen die Preistreiber beantragten, durch die einzelne Kapitalisten und Kapitalistengruppen den Lebensbedarf des Volkes bewuchern. Sie begründeten diese Resolution ebenso sachlich wie überzeugend durch Beweise, und aus allen vertretenen Ländern erhoben sich Genossinnen, um aus ihrer Heimat die gleiche Erscheinung durch reiches Tatsachenmaterial zu belegen.

Es liegt in der Natur der sozialen Dinge, daß auch das Deutsche Reich sich nicht den unvermeidlichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaft zu entziehen vermochte, die seine Grundlage bildet. Mit dem ersten Kriegstag, ja noch vor

ihm, in der Zeit der Kriegsgerüchte und der Mobilisation, setzten wilde Preistreiber ein, und zwar — bezeichnend genug — namentlich mit dem unentbehrlichsten aller Lebensmittel für den „Mähr- und Lehrstand“ daheim, wie für den „Wehrstand“ im Felde: mit dem Getreide. Die Regierung anerkannte das Vorhandensein dieser ebenso schmachvollen als gefährlichen Erscheinung und suchte sie durch die Festsetzung von Höchstpreisen zu bannen. Allein was bei ihrem Eingreifen durch Vertreter der verschiedensten Bevölkerungsschichten und vorurteilslose Sachmänner vorausgesagt wurde, hat sich erfüllt. Dieses Eingreifen erfolgte zu spät, zu zaghaft und zu unvollständig — der Festsetzung von Höchstpreisen fehlte die Ergänzung durch den Verkaufszwang —, als daß es in stande gewesen wäre, der Preistreiber ein ganz ein Ziel zu setzen. Immerhin hielt es sie in gewissen Schranken. Ohne die Höchstpreise für Getreide und die in Verbindung damit stehenden Verordnungen des Bundesrats wären sicherlich die Gewinne der Großgrundbesitzer, der Händler und namentlich der Spekulanten, die Dividenden der Dampfmühlenaktionäre noch mehr angeschwollen, hätten aber auch die Verbraucher Brot, Mehl, Teigwaren usw. noch erheblich teurer bezahlen müssen, als es der Fall war. Für große Kreise des Volkes würde bitteres Entbehren des Nötigsten an Stelle sorgenvollen Verrechnens und Sparens getreten sein.

Nun, wo nach einjähriger Dauer des Krieges noch immer keine Aussicht auf den von ungezählten Volksmassen aller Länder heiß ersehnten Frieden zu winken scheint, wenden sich in Erwartung der bevorstehenden Getreideernte einflussreiche gesellschaftliche Mächte gegen die geltenden Höchstpreise. Sie möchten diese am liebsten ganz beseitigt sehen, oder aber sie ersehen wenigstens für die Zukunft ihre Steigerung. Sie berufen sich darauf, daß infolge des Krieges der Mangel an Arbeitskräften und Gespannen, die höheren Ausgaben für Düngemittel und Viehfutter usw. die Getreidekosten der neuen Getreideernte verteuert haben. Das stimmt gewiß, doch nicht in dem Maße, daß eine weitere Steigerung der Höchstpreise notwendig und gerecht wäre. Man vergesse nicht, daß diese erst festgesetzt wurden, als eine geradezu zügellose Spekulation Getreide und Mehl bereits ganz außerordentlich verteuert hatte. In der freien Kommission des Reichstags erklärte denn auch seinerzeit ein Vertreter der Landwirtschaft, die von der Regierung angelegten Höchstpreise seien „reichlich hoch“, doch trage die Landwirtschaft keine Schuld daran.

Der Höchstpreis des Brotforns wurde bekanntlich im November 1914 in Berlin mit 220 Mk. für die Tonne festgelegt, im Osten war er etwas niedriger, im Westen höher. Dank der vorgesehenen regelmäßigen Steigerung beträgt er jetzt 241 Mk. Die große Mehrheit des deutschen Volkes ist mit dem erwähnten Vertreter der Landwirtschaft der Meinung, daß diese Preise wirklich „reichlich hoch“ sind. Sie verlangen billigeres Getreide, billigeres Brot. Billigeres Brot bedeutet mehr Brot, eine bessere Ernährung, eine gemilderte Sorgenlast, eine größere Sicherheit für die Gesundheit, denn für das

Volk ist das Brot „der Stab des Lebens“, wie die Engländer sagen. So ertönt nicht bloß aus den Arbeitermassen, nein, bis tief in die bürgerlichen Schichten hinein die Forderung nach niedrigeren Höchstpreisen für Getreide, aber auch nach dem Verkaufszwang, der erst diese Maßregel voll wirksam werden läßt.

Die Teuerungspreise für Brot, Mehl und Teigwaren drücken um so fühlbarer auf das arbeitende Volk, als auch die Kosten des übrigen Lebensbedarfs gewaltig in die Höhe gegangen sind. In erster Linie muß dabei an die Kartoffel gedacht werden, die für Millionen bei der Ernährung das Brot nicht ergänzt, sondern leider ersetzen muß. Trotz der bekannten Maßnahmen der Regierung macht sich — wie es in einem Aufruf des Parteivorstands und der Generalkommission der Gewerkschaften heißt — auf dem Kartoffelmarkt „der unerhörteste Wucher geltend“. Die Händler halten ihre Vorräte zurück und geben sie nur mit 200 bis 300 Prozent über dem Einkaufspreis ab. Es droht Milchknappheit und ein weiteres Steigen der hohen Milchpreise. Der Preis für Butter ist um 40 bis 50 Prozent in die Höhe gegangen, der für Käse gar um 50 bis 100 Prozent. Die Folge davon ist, daß mehr Milch zur Butter- und Käsebereitung verwendet wird, daß wenig Milch auf den Markt kommt und mit Teuerungspreisen bezahlt werden muß. Dieser Sachverhalt wird besonders zu einer schweren Gefahr für die Säuglinge der beschaffungslosen und wenig bemittelten Volksschichten. Hier ist die Mutter oft genug nicht imstande, ihr Kind an der Brust zu nähren, und als Stellvertreterin kann nicht eine „kräftige Amme vom Lande“ gemietet werden. Er bedroht aber auch die Gesundheit der Erwachsenen, denen reichlicher Genuß von Milch und Milchgerichten einen Ersatz für das sündhaft teure Fleisch bieten könnte. Die Fleischpreise haben um nahezu 100 Prozent angezogen und steigen weiter. Noch mehr als seit Jahren schon ist Fleisch ein unerschwinglicher „Luxus“ für viel zu viele geworden, denen eine unerbittlichere Herrin als die kirchliche Satzung nicht bloß den Freitag zum Fasttag macht. Den Ausschlag, den das Fleisch in einem Jahre erfahren hat, finden unsere Leserinnen in der Beilage verzeichnet. Wie ungeheuerlich die Preise einiger anderer Lebensmittel gestiegen sind, zeigt diese Übersicht:

	Mat 1914	Mat 1915	Mittl. Ausschlag:	
	ein Kilogramm			
Erbsen . . . . .	39,9 Pf.	123,6 Pf.	+ 83,7 Pf.	= 209,8 Proz.
Speisebohnen . . . . .	45,1 "	128,4 "	+ 83,3 "	= 184,7 "
Linzen . . . . .	55,0 "	160,4 "	+ 105,4 "	= 191,6 "
Eßkartoffeln . . . . .	7,6 "	14,9 "	+ 7,3 "	= 96,1 "
Butter . . . . .	261,4 "	354,4 "	+ 93,0 "	= 43,0 "
Weizenmehl . . . . .	37,4 "	55,2 "	+ 17,8 "	= 47,6 "
Roggenmehl . . . . .	29,2 "	48,2 "	+ 19,0 "	= 65,1 "
Weißbrot . . . . .	52,8 "	71,4 "	+ 18,6 "	= 35,2 "
Roggenbrot . . . . .	28,2 "	43,1 "	+ 14,9 "	= 52,8 "
Reis . . . . .	48,6 "	122,0 "	+ 73,4 "	= 151,0 "
Kaffee . . . . .	308,2 "	335,6 "	+ 27,4 "	= 6,9 "
Zucker . . . . .	50,1 "	58,2 "	+ 8,1 "	= 16,2 "
Gerstengraupe . . . . .	43,6 "	115,7 "	+ 72,1 "	= 165,4 "
Vollmilch I . . . . .	20,9 "	24,3 "	+ 3,3 "	= 15,8 "
Eier, Stück . . . . .	7,2 "	11,6 "	+ 4,4 "	= 61,1 "

Es kann nicht bestritten werden, daß die Teuerungspreise zu einem großen Teile das Werk von Treibereien sind, die — wie das „Berliner Tageblatt“ richtig sagt — „sich allmählich zu der schwersten i n n e r e n G e f a h r ausgewachsen haben“. In der Zweiten sächsischen Kammer hat unlängst der Minister des Innern, Graf Bixthum von Eckstädt, den Lebensmittelwucher als ein Verbrechen am Vaterland bezeichnet. Wie in mancher anderen Angelegenheit, so beweisen Militärbehörden auch in der Frage der Volksernährung einen weiteren und schärferen Blick für materielle Notwendigkeiten

als die Zivilgewalten. Sie suchen die kapitalistische Wirtschaft vor den Folgen der allzu tollen Auswüchse des Eigenmuthes einzelner Kapitalisten zu bewahren. In Bayern und Württemberg sind die stellvertretenden Generalkommandos ent-

schieden gegen den Lebensmittelwucher aufgetreten. Auffällig, aber erklärlich genug versagen dagegen die meisten Gemeindeverwaltungen in dem Kampfe gegen diesen Volksfeind so gut wie vollständig. Ein solcher Kampf aber ist Notwendigkeit und Pflicht, und er ist bereits von Körperschaften der verschiedensten Art und Richtung wie von einem großen Teil der Presse aufgenommen worden. Nach den Nachrichten, die zur Stunde vorliegen, wo diese Nummer gedruckt wird, will der Bundesrat die alten Höchstpreise für Getreide festhalten und dem Lebensmittelwucher durch eine Verordnung entgegenwirken.

Die konsequentesten und entschiedensten Forderungen erheben, wie recht und billig, der sozialdemokratische Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften. „Namens des werktätigen Volkes, dem der Krieg ohnehin schon große Opfer auferlegt, protestieren sie gegen jede Erhöhung von Höchstpreisen.“ Sie fordern, „daß ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und Händler mäßige Höchstpreise für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß die ausreichende Ernährung des Volkes gesichert und jede Bereicherung auf Kosten der Volksernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme und Verkaufszwang muß das Zurückhalten von Vorräten zum Zwecke der Preistreiberei vereitelt werden.“ Parteivorstand und Generalkommission suchen die Volksmassen zu mobilisieren, deren Stimme den erhobenen Forderungen Nachdruck verleihen muß. In einem Aufruf fordern sie die Parteigenossen im Lande auf, „dem Lebensmittelwucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Vor allem müssen die Arbeitervertreter in den Landtagen und Gemeinden ihren ganzen Einfluß einsetzen, um die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen.“ Ein Flugblatt soll den Massen ihr Recht und ihre Pflicht zum Bewußtsein bringen, sich mit allem Nachdruck gegen den Lebensmittelwucher zu wenden.

Die zehrenden Sorgen des grauen Alltags und die Mutterliebe, die Erkenntnis der Mutterverantwortlichkeit müssen die Frauen des werktätigen Volkes bestimmen, sich mit aller Kraft am Kampfe gegen den Lebensmittelwucher zu beteiligen. Wer zählt die qualvollen Stunden, in denen sie wieder und wieder nachgerechnet haben, ob die kargen Mittel bei den Teuerungspreisen ausreichen können, genügend Brot in die bittende Hand der Lieblinge zu legen? Wer die heimlich geweinten Tränen, wenn alles kluge Haushalten und eigenes Entbehren doch die Kinder nicht vor dem Darben zu schützen vermochte? Aus Not und Liebe erwache den Frauen, den Müttern der Wille und die Kraft, auch im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher voranzugehen.

## Zur Soziologie des Krieges.\*

Von Fritz Röttcher.

Der Versuch, Klarheit zu schaffen, und sei es auch nur für sich selbst, über dasjenige, was innerhalb unserer Zeitepoche den Krieg bedingt, ist für den, der mitten darin steht, nicht leicht. „Im Wust von Rittertum und Pfäfferei, wie wäre da

\* Dieser Artikel ging uns aus den Kreisen der bürgerlichen Friedensfreunde zu. Wir brauchen deshalb kaum besonders zu betonen, daß wir nicht mit allen entwickelten Gedanken übereinstim-

dein Auge frei?" (Goethe.) Immerhin erscheint ein solcher Versuch notwendig; wenn er auch zunächst nicht zu endgültigen Resultaten führen kann, so führt er doch bereits die notwendige Korrektur des Gesichtswinkels herbei, sobald man die nun vorliegenden Tatsachen vergleicht mit dem, was sich ein leichtgläubiges Volk vorgestellt hat. Diese Vorstellungen sind ja eine recht wirksame Ursache des Krieges gewesen, und durch ihre Beseitigung wird sicherlich eine Verständigung erleichtert.

Nach der heute in unseren leitenden Kreisen vielfach verbreiteten Auffassung geht die Kulturentwicklung durch Gruppenbildung und Auslese vor sich. Eine Anzahl körperlich und geistig Tüchtiger tut sich hervor und erlangt dadurch eine bevorzugte Stellung. Unter Ausnutzung dieser Stellung (Wille zur Macht!) erlangt sie eine bessere Lebensbetätigung und eine höhere Kultur. Diese höhere Kultur läßt sich vererben, und sobald die neue, so erzeugte Kulturschicht umfangreich genug geworden ist, geht der gefennzeichnete Ausscheidungsprozeß neuerdings vor sich, wenn auch für eine verhältnismäßig kleinere Anzahl Menschen. Man kann ihn sich als eine sich stetig verjüngende Pyramide vorstellen. Gedeckt wird die angezogene Auffassung durch einen Pseudodarwinismus, der sich die wirkende Gruppenbildung auch innerhalb jedes einzelnen Volkes vorstellt, wobei er den Völkern die gleichen Rollen beilegt, die nach ihm die Individuen haben. Als hauptsächlichster Auslesefaktor der vollstlichen Gruppenbildung gilt der Krieg. Um die Wege und die Entwicklung der höheren Kulturgruppe zu ebnet, muß der Krieg die Vernichtung oder doch die starke Schwächung der unterbürtigen Gruppe einschließen. Daher ist nach solcher Auffassung der Krieg ein Naturfaktor der Entwicklung, dem man nicht entgegenzutreten darf im Interesse des Fortschritts und der Kultur. Ein namhafter Vertreter dieser Auffassung, Sigismund Raub, hat im „Tag“ diesem Gedanken die folgende Form gegeben:

„Bei steigender Kultur wird der Mann fortgesetzt friedfertiger, fügbarer, arbeitssamer. Die immer weiter steigende Kultur aber mündet in Entartung aus. Wenn der Krieg nicht mehr das Vorrecht der stärkeren Horde, des stärkeren Stammes, des stärkeren Volkes auf ein Feld des Lebens feststellt, dann muß bei der wachsenden Bevölkerung der einzelne sich einschränken lernen. Und so endigt denn die Kultur, die ewig ungenügsame, in der stumpfen Genügsamkeit des Chinesen, der sich mit dem kümmerlichen Erwerbsgebiet eben einrichtet. Ist das, wenn uns der kriegerische Sinn gelähmt wird, nicht das notwendige Ende der Entwicklung in Deutschland? Wenn dann der Geist des Herrtums gänzlich einmal erlischt, wenn es keine Befehlenden und Behorchenden, sondern nur noch Gleichberechtigte und Rücksichtsvolle gibt, dann ist auch von dieser Seite die Kultur gelähmt. ... Am gefährlichsten aber von allem wird die Überspannung des eigentlichen Kulturprinzips der Arbeit. ... So sind die Kulturideale der Friedfertigkeit, Fügbarkeit und Arbeitsamkeit keine absoluten Ziele; ein wenig — und nicht zu wenig — urwüchsiger Kühnheit, herrischen Stolzes und lässig zufriedenen Murjeins brauchen wir, soll unsere Kultur nicht degenerieren.“

Besonders merkwürdig erscheint die Verankerung der vorstehenden Kulturauffassung mit dem Rechtsgebiet. Wenn der Krieg wirklich das Recht auf ein besonderes Feld des Lebens im Ausleseprozeß feststellt, dann ist natürlich die Vorbereitung für den Krieg die höchste Aufgabe einer Nation. Der siegreich bestandene Krieg ist zugleich die moralische Recht-

men, daß wir die ganze aufgerollte weitschichtige Frage vielfach von einem anderen Standpunkt aus betrachten als der Verfasser. Beachtenswert und richtig dünkt uns aber — von vielen einzelnen Ausführungen abgesehen — seine Hauptthese: nämlich daß der Krieg die „Auslese“ der Bevölkerung nicht günstig, sondern ungünstig beeinflusst. Unserer Auffassung nach tut er das freilich als gesellschaftlicher und nicht als „natürlicher“ Faktor, wie der Verfasser sich ausdrückt, wenngleich seine Wirkungen auf biologisches Gebiet übergreifen.

Die Redaktion.

fertigung seiner selbst, und die Vorbereitung auf diese Rechtfertigung ist deshalb das höchste Ziel. Als der Ablasskrämer Tegel einmal seine Ablasszettel feilbot, da kam zu ihm ein Ritter und verlangte Ablass für eine besonders schlimme Tat, die er aber noch nicht begangen habe, sondern erst noch begehen wolle. Tegel verlangte eine sehr hohe Summe und freute sich, als er sie erhielt, des guten Geschäfts. Nachts aber erschien der Ritter mit samt seinen Knappen und nahm dem Ablasskrämer nicht nur die gezahlte Summe, sondern die ganze Kasse ab. Allen Vorstellungen gegenüber blieb er taub und berief sich auf seinen Ablasszettel. Eine solche Veräußerlichung des Bußgedankens, wie jener Ritter sie in die Praxis umsetzte, finden wir heute in der Auffassung des Krieges als eines natürlichen Faktors der Emporentwicklung. „Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte.“

Man kann dieser Auffassung nicht vorwerfen, daß sie an einem Mangel an Logik leide. Es gibt genug Analogien aus der Natur, die sie ganz plausibel erscheinen lassen. Wie bei der Goldwäscherei durch fortwährendes Rühren die edlen und schweren Goldkörner sich am Boden festsetzen, so soll der Krieg die beteiligten Völker durcheinander bringen und das tüchtigste und beste Volk an die ihm gebührende Stelle. Nietzsche hat das in eine klare Formel gebracht: „Geschichte nennt man den Umweg, den die Natur nimmt, um zu einem großen Menschen zu gelangen.“ Damit hat denn auch die besagte Pyramide ihre Spitze bekommen, und es ist klar, daß die Pyramide nur ihrer Spitze wegen da ist. Für die Einwendungen ethisch-christlicher Natur, Schutz der Schwachen usw. hat diese Auffassung keinen Raum, denn die Schwachen sind ja nur Mittel zum Zweck. Indessen wird durch die Nietzschesche Übertreibung die Einseitigkeit der Gedankensfolge klar. Im Grunde genommen ist die ganze Beweisführung der Theologie entnommen. Sie ist eine bewußte Fälschung für die Natur, eine kindlich-naive Idealbildung, die durch die Praxis noch nicht genügend kontrolliert wird. Es wird mit der Auffassung des Krieges als wichtigsten Kulturfaktor ähnlich gehen, wie es dem Wunderglauben und Hexenwahn ergangen ist, sie wird so lange geglaubt werden, bis ein tieferes Verstehen von Natur und Gesellschaft sie unmöglich macht.

Eine zur Beseitigung genügende Kritik der kriegerischen Kulturauffassung ist daher in der Hauptsache von den Naturwissenschaften zu erwarten. Der Punkt, bei dem die Naturwissenschaften am ersten einsetzen werden, ist der Gedanke, daß die Verwirklichung des kriegerischen Ideals Menschenopfer verlangt. Dafür hat schon der normal Denkende kein rechtes Verständnis, ihm erscheint vielmehr das Leben, noch dazu das Menschenleben, als eine der wertvollsten Aufhebungen der Natur, die einfach als solche geschützt und gepflegt werden soll. Der Krieg aber bewirkt das Gegenteil. Den hier klaffenden Widerspruch hat Professor David Starr Jordan scharf charakterisiert. Was er darüber sagt, lesen wir in „Krieg und Mannheit“, Verlag der Friedenswarte, Berlin W, Willowstraße 66, 1912. Es heißt da:

„Wenn man in einer Rinderherde die stärksten Stiere, die schönsten Kühe, die vielversprechendsten Kälber vernichtet, so überläßt man damit die Zeugung der künftigen Herde dem dafür untauglichen Rest. Dies nennen wir Entartung, und es ist zugleich die einzige Art von Rassenentartung, die wir kennen. ... Diese Tatsachen sind auch für die Menschheitsgeschichte grundlegend. Im weiteren Sinne genommen ist jede Menschenrasse im wesentlichen einer Tierherde gleich. ... Die einzige uns bekannte Rassenentartung wird durch jene Kräfte bedingt, welche die besten Individuen vernichten und die zum Kriegshandwerk oder zu Kolonisationszwecken Untauglichen zu Vätern künftiger Generationen machen.“

Jordan hat in einer neueren Studie, die leider noch nicht im Deutschen erschienen ist, „War's Aftermath“, Boston, Houghton Mifflin & Co., die biologischen Verhältnisse untersucht, die sich in den Staaten ergeben haben, die durch den amerikanischen Bürgerkrieg heimgeführt worden waren. Das Resultat seiner Untersuchung ist, daß der Krieg eine Um-

fehrung der Auslese innerhalb des Volkes darstellt, die Starken vernichtet und die Schwachen am Leben läßt. Es ist ohne weiteres klar, daß diese degenerativen Folgen des Krieges bei jeder kriegsführenden Nation eintreten, beim Sieger so gut wie beim Besiegten, so daß dann dritte, nicht am Kriege beteiligte Völker biologisch in Vorteil kommen. (Fortsetzung folgt.)

## Das uneheliche Kind und der Krieg.

Die Rechtsstellung des unehelichen Kindes hat im Laufe der Zeiten die verschiedensten Wandlungen durchgemacht. Am schlimmsten war es wohl damit im Mittelalter, in dem verschiedene Gesetzbücher die Grundsätze aufstellten, daß das uneheliche Kind nicht einmal mit seiner Mutter verwandt sei, daß der Vater ihm durchaus kein Gut übertragen dürfe usw. Noch im vorigen Jahrhundert wurde die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes durch die Auffassung bestimmt, der der Satz Ausdruck gibt: „Die Erforschung der Vaterschaft ist verboten.“ Das letzte Viertel des verflossenen Jahrhunderts brachte jedoch unter dem Einfluß allgemeiner sozialreformatorischer Ideen in vielen Ländern einen Umschwung der Meinung zugunsten der unehelichen Kinder. Es fanden sich warmherzige und einsichtsvolle Kämpfer für die Forderung auf an nähernde oder auch völlige rechtliche Gleichstellung mit den ehelichen Kindern. Dieser Umschwung der Meinung ist an dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich nicht ganz spurlos vorübergegangen, jedoch hat er es nur in sehr beschränktem Maße beeinflusst. Auch einige andere sozialpolitische Gesetze, die gegen das Ende des letzten Jahrhunderts geschaffen wurden, lassen die Spuren dieser Sinnesänderung erkennen. So zum Beispiel das Krankenversicherungsgesetz, das die völlige Gleichberechtigung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen vorsieht. Immerhin enthält das Bürgerliche Gesetzbuch den an mittelalterliche Verhältnisse erinnernden Satz: „Ein uneheliches Kind und dessen Vater gelten nicht als verwandt.“ Dieser Satz, der unsinnig dünkt, wird nur verständlich, wenn man ihn in seiner Bedeutung für das bürgerliche Privateigentum erfährt. Aber auch soziale Gesetze schließen noch das uneheliche Kind von den Ansprüchen aus oder beschränken seine Rechtsansprüche. So werden in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Waisenrenten beim Tode eines versicherten Vaters nur seinen ehelichen Kindern gewährt; in der Unfallversicherung kommen die Waisenrenten für ein uneheliches Kind eines Getöteten bloß dann zur Auszahlung, wenn dieser seine Unterhaltspflicht gegen den Sprößling erfüllt hat usw.

Der Krieg scheint einem Fortschritt der Anschauungen den Weg zu ebnet. Der Ruf nach Gleichberechtigung des unehelichen Kindes erschallt häufiger denn je. Worauf ist diese Wandlung zurückzuführen? Uns scheint, weniger auf eine Verfeinerung des menschlichen Empfindens, auf höheren Gerechtigkeits Sinn, als vielmehr auf die Not der Zeit. Der Krieg verbraucht eine Unsumme von Menschenleben. Professor Dr. Abderhalden, der berühmte Physiologe, schreibt in einem öffentlichen Aufruf zur Ausgestaltung der Sozialpolitik zum Beispiel: „Vergeht über der Sorge um die Wunden, die der Krieg jetzt schlägt, nicht die künftige Generation! Nie war das Kind heiliger als jetzt! Nie die Mutter mehr der Hort unserer Zukunft! Schutz den Schwangeren, weitausschauende Fürsorge für die werdenden Wesen und die Geborenen sei für die kommenden Jahre eine unserer wesentlichsten Sorgen! Jedes einzelne Kind bedeutet für die Nation ein kostbares Gut! Seine Gesundheit bedeutet Volksgesundheit! Wir brauchen viele und gesunde Nachkommen!“

Für die bürgerlichen Befürworter der Gleichberechtigung wie eben Professor Abderhalden sind vor allem die folgenden Gründe maßgebend. Unter den unehelichen Kindern ist die Sterblichkeit bekanntlich weit größer als unter den ehelichen. Sie stellen viel weniger Militärtaugliche als diese, dafür aber bevölkern sie zu einem weit höheren Prozentsatz die Gefäng-

nisse, Arbeitshäuser, Siechenanstalten usw. Der Hauptgrund dieser traurigen Erscheinungen ist bekannt. Es sind die traurigen sozialen Verhältnisse, unter denen wohl die meisten unehelichen Kinder aufwachsen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Notlage der Mütter bewirkt vielfach, daß die armen Kleinen schlecht genährt und gepflegt werden, einer sorgsamem und liebevollen Erziehung ermangeln und ungünstigen Einflüssen preisgegeben sind. Unter Führung der Sozialdemokratie würdigt der aufgeklärte Teil der Arbeiterklasse diese Tatbestände und fordert nachdrücklich die volle rechtliche Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder. Allein die Erwägungen, die hier diese Forderung erheben lassen, sind tiefer gewurzelt und weiterreichend als die der bürgerlichen Vorkämpfer für die nötige Rechtsreform. Die Sozialdemokratie begehrt das gleiche Recht für alle Kinder grundsätzlich, als einen selbstverständlichen Ausfluß ihrer allgemeinen sozialen und humanitären Ideale, als einen selbstverständlichen Ausdruck ihres Bekenntnisses zur Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Die Ansicht mancher, daß die rechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder die „Unsitlichkeit“ fördere, ist unzutreffend, ja geradezu töricht. Seit wir eine zuverlässige Bevölkerungszahl haben, erreichte die Zahl der unehelich Geborenen im Gebiet des heutigen Deutschen Reiches (vergl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1914, S. 22) mit 12,4 Prozent aller Geburten im Jahre 1863 ihren Höhepunkt. Sie sank dann bis auf 8,3 Prozent im Jahre 1903, um sich wieder auf 9,5 Prozent im Jahre 1912 zu erhöhen. In diesem letzteren Jahre betrug die Zahl aller unehelich Geborenen im Deutschen Reich 183 857. Dabei ist ausdrücklich zu bemerken, daß seit 1903 ihre absolute Zunahme nur eine sehr geringe ist. Wenn der Prozentsatz etwas in die Höhe ging, so nur deshalb, weil inzwischen die Zahl der ehelich Geborenen stark abgenommen hat. Die Abnahme der ehelichen Geburten und die damit im Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme tragen auch dazu bei, daß dem unehelichen Kind eine größere Bedeutung zuerkannt wird.

Der erste praktische Erfolg des „Umlernens“ in dieser Beziehung war eine Änderung des Gesetzes vom 28. Februar 1888, das die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften regelt. Dieses Gesetz beschränkte seit her die Leistungen auf die ehelichen Kinder, nunmehr ist jedoch die betreffende Kriegsunterstützung auch für uneheliche Kinder zu zahlen, wenn der uneheliche Vater Kriegsteilnehmer ist und die Vaterschaft anerkannt hat oder zur Zahlung von Unterhaltsbeiträgen verurteilt wurde. Die Bedingungen für die Rechtsansprüche sind im allgemeinen die nämlichen wie für eheliche Kinder.

Eine weitere Gleichstellung des unehelichen Kindes besteht darin, daß auch für die ledigen Mütter die bekannte Reichswöchenhilfe zu gewähren ist. Die Voraussetzungen dafür sind, daß der uneheliche Vater die Vaterschaft freiwillig anerkannt hat oder daß diese gerichtlich festgesetzt ist, ferner die allgemeinen Vorschriften, daß er Kriegsteilnehmer sein und entweder einer Krankenkasse angehört haben muß oder sonst minderbemittelt ist. Die Leistungen sind die gleichen wie bei ehelichen Schwangerschaften und Geburten: Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, Entbindungskosten, Wochenlohn, Stillschuld.

Die Kriegsfürsorge für das uneheliche Kind weist jedoch einen großen Mangel auf. Sie wird nur gewährt, solange der uneheliche Vater lebt. Ist dieser verstorben, so hört die Fürsorge auf, nur die Wochenhilfe macht eine Ausnahme davon. Auch das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 erkennt nur die ehelichen Kinder des Kriegsteilnehmers als versorgungsberchtig an. Das Kriegsministerium hat durch Verordnung vom 5. Februar 1915 ausdrücklich die Zivilbehörden darauf aufmerksam gemacht, „daß nach den zurzeit geltenden Bestimmungen für uneheliche Kinder im Kriege oder an den Folgen des Krieges verstorbener Angehöriger der Unterklassen des Soldatenstandes und der Heeresverwaltung weder

aus dem Reichshaushalt noch dem Kriegsjahresetat Unterstützung gewährt werden dürfen". Das Ministerium beabsichtigt „jedoch, in besonders dringenden Fällen und soweit es die ihm zur Verfügung stehenden milden Fonds und Spendemittel zulassen, von hieraus für uneheliche Kinder im jetzigen Kriege Gefallener usw. einmalige Unterstützungen in möglichem Betrag zu bewilligen, vorausgesetzt, daß die Verpflichtung des Vaters zur Gewährung des Unterhalts festgestellt ist". Derartige Gesuche seien an das zuständige Bezirkskommando einzureichen und an das Kriegsministerium weiterzugeben, und sie müßten eingehend begründet werden.

Dieser Weg, dem hervorgehobenen Mangel abzuhelfen, ist natürlich sehr unzulänglich. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat denn auch in der Budgetkommission den Antrag eingebracht, das genannte Militärhinterbliebenengesetz dahin zu ändern, daß die unehelichen Kinder die Waisenrente unter genau denselben Bedingungen erhalten wie die ehelichen. Der Bund für Mutterschutz stellt die gleichen Forderungen, und nach Zeitungsnachrichten hätte die Regierung ihm versprochen, daß nach Beendigung des Krieges das Militärhinterbliebenengesetz im Hinblick auf die Fürsorge für die hinterbliebenen unehelichen Kinder ergänzt werden soll. Hoffen wir, daß dies geschieht und daß eine Reform der übrigen einschlägigen Gesetze wie Reichsversicherungsordnung usw. bald folgt.

Die rechtliche Gleichstellung des unehelichen Kindes bei der Kriegsfürsorge muß aber auch zu einer entsprechenden Reform des bürgerlichen Rechts und der gesellschaftlichen Ansichten und Gepflogenheiten führen, die eine Gleichachtung der sogenannten illegitimen Nachkommen mit sich bringt. Es muß das die Folge der sozialen Umwertung des unehelichen Kindes sein. Solches Begehren mag manchem am Alten klebenden Geiste ungeheuerlich erscheinen. Das darf aber kein Grund sein, nicht für die Verwirklichung zu kämpfen.

Wie kürzlich aus Norwegen gemeldet wurde, hat der Storting beschlossen, daß die unehelichen Kinder das Erbrecht und den Vaternamen erhalten sollen. Um das Zustandekommen dieser Reform hat sich besonders der Justizminister Cassberg Verdienste erworben. Die Grundlagen seines Gesetzes sind das Prinzip der rechtlichen Gleichheit zwischen ehelichen und unehelichen Kindern, das Prinzip der gleichen Rechte und Pflichten von Mutter und Vater und das Prinzip der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Interessen gegen Kind und Eltern. Nachdem in einem kulturell hochstehenden Staate das wichtige Ziel sozialer und rechtlicher Fürsorge für das uneheliche Kind erreicht ist, heißt es in anderen Ländern und namentlich auch im Deutschen Reiche unablässig arbeiten, damit auch hier dem unehelichen Kinde und letzten Endes der Gesellschaft volles Recht werde. Dahin zu wirken, ist eine wichtige Aufgabe der proletarischen Frauen. F. Kl.

### Eine Selbstanzeige.

Von Luise Sieg.

Von vielen Seiten war mir gegenüber der Wunsch geäußert worden, ich möchte eine Übersicht geben über das Wirken der Genossinnen während des Krieges. Dabei sollte ihre Parteitätigkeit und ihre Arbeit in der Kriegshilfe gewürdigt werden. Ich habe mir lange überlegt, ob ich das jetzt, das heißt unter der Zensur, tun soll. Es ist natürlich schmerzlich, daß man sich bei feinsten Darlegungen eine große Reserve auferlegen muß, um nicht mit dem Zensor in Konflikt zu kommen. Manche Dinge kann man gegenwärtig überhaupt nicht erörtern, andere können nur angedeutet, aber nicht erschöpfend behandelt werden, und trotz aller Vorsicht und aller Milde im Ausdruck fallen dem Blaustift des Zensors dennoch Wendungen zum Opfer, die man recht ungern preisgibt, weil ihr Fehlen einem Satz oder einem Abschnitt die Würze nimmt, sie vielleicht gar in einer ganz anderen Beleuchtung zeigt.

Der Wunsch, den Genossinnen den wiederholt reklamierten Überblick über die Vorgänge im Reich zugänglich zu machen und daneben manche Fingerzeige für die weitere Arbeit zu geben, hat

schließlich die Bedenken, die ich hatte, zurückgedrängt und mich veranlaßt, in Nr. 21 der Ergänzungshefte der „Neuen Zeit“ die Abhandlung: „Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg“ zu veröffentlichen.

Soweit die Genossinnen Abonnenten der „Neuen Zeit“ sind, ist die Arbeit bereits in ihren Händen. Um auch den übrigen Genossinnen die Arbeit zugänglich zu machen, ist eine billige Agitationsausgabe hergestellt und dieser Tage den Bezirksleitungen angeboten worden. Der Verlag hat sich außerordentlich entgegenkommend gezeigt, er liefert das Einzelheft inklusive Porto für 15 Pf. Bei Abnahme von 50 Exemplaren stellt sich der Preis auf 5,80 Mk., bei 500 auf 40 Mk., bei 1000 auf 75 Mk. Sache der Genossinnen ist es nun, in ihren Orts- und Bezirksvorständen den Bezug einer größeren Partie zu beantragen und auch sonst für die Verbreitung zu wirken, nachdem sie sich die Arbeit angeschaut und gesehen, ob sie ihren Wünschen entspricht.

Bemerkt sei noch, daß die Arbeit in 11 Kapitel gegliedert ist: 1. Kriegsausbruch, 2. Aufrufe zur Pflichterfüllung, 3. Die Beteiligung an der Kriegshilfe, 4. Grundsätzliches zu unserer Sozialpolitik, 5. Die Berliner Hilfsaktion, 6. Sozialpolitisches, mit den Unterabteilungen: Arbeitslosenfürsorge, Mutterschaftsfürsorge, Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenenfürsorge, Jugendfürsorge und Mietprobleme, 7. Ernährungsfragen, 8. Die Parteiarbeit, 9. Das Frauenwahlrecht, 10. Internationale Solidarität, 11. Der Friede. Natürlich konnten alle die genannten Probleme nicht erschöpfend behandelt werden, wenn die Arbeit nicht ein dickes Buch geben sollte. Das war auch gar nicht die Absicht, es sollten vielmehr diese Fragen, soweit sie uns in der Kriegszeit besonders berührten und uns zu irgendwelcher Stellungnahme zwangen, in sozialistischer Beleuchtung gezeigt und die Notwendigkeit nachgewiesen werden, daß um ihre Lösung mit vereinter Kraft und starker Energie weitergekämpft werden muß. Mit anderen Worten: es sollte der Blick der Genossinnen auf große Ziele gelenkt und die Frage, wie sie zu erreichen sind, in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Insbesondere sollte aber auch anerkannt und gewertet werden, was an treuer Pflichterfüllung die Genossinnen in schwerer Zeit geleistet haben, und das ist nicht gering einzuschätzen.

Bei der Beurteilung der Arbeit mögen also die Leser nicht außer acht lassen, daß wir Kriegszustand haben und daß in Stuttgart, wo das Heft gedruckt wurde, Zensur besteht. Trotzdem hoffe ich, daß es eine freundliche Aufnahme finden und unserer Bewegung einiges nutzen wird.

### Aus der Bewegung.

**Genossin Klara Wehmann-Leipzig †.** Eine tiefsemerzliche Kunde ist aus Leipzig gekommen. Genossin Klara Wehmann ist nach längerem Krankenlager ihrem Herzleiden erlegen. Viel zu früh nicht bloß für die Ihrigen, denen sie in idealer Pflichterfüllung gelebt hat, sondern auch für die proletarische Frauenbewegung, der sie mit glühender Begeisterung, klarem Zielbewußtsein und nie versagender, selbstloser Opferfreudigkeit diente. In Leipzig gehörte Klara Wehmann zu der Kerntruppe von Genossinnen, die diese Bewegung fest begründet und ausdauernd gefördert haben. Und sie war der Western eine, weit über Leipzig hinaus. Dieses einfache Volkskind, dessen Lebenstage Mühsal und Arbeit gewesen sind, hatte sich zu einer starken, eigengeprägten Persönlichkeit entwickelt, die Tiefe und Zartheit des Empfindens mit klarem Blick, selbständigem Urteil und leidenschaftlichem, zähem Willen vereinigte.

Genossin Wehmann war nicht von denen, die sich leicht überreden oder gar durch Liebenswürdigkeit und kleine Zugeständnisse gewinnen lassen, sie wollte überzeugt sein und zwar gründlich. So würde ihr Leben und ihr Wirken nicht von Meinungen regiert, die wie Rohr im Winde der Ereignisse und Stimmungen hin- und herschwanken, es war der Ausdruck einer stark gewurzeltten Überzeugung, die kraftvolle Schöpfung, Blüten und Früchte trieb. Noch von ihrem Schmerzenslager aus verfolgte Genossin Wehmann das Geschehen des gewaltigen Weltkriegs und seine Rückwirkung auf die Arbeiterklasse mit scharfem, kritischem Blick. Die Briefe, die sie uns darüber schrieb, waren herzerfrischende Weleinblicke sozialistischer Auffassung. Klara Wehmann war mit Leib und Seele Sozialistin, und als sozialistische Mutter hat sie mit ihrem Pfund gebuchert. Sie durfte sich der reichen Lebensperle freuen, die in ihren Söhnen zur Entfaltung gelangten. Wieviel die proletarische Frauenbewegung Leipzigs der Initiative, Tatkraft und der klugen Einsicht der Genossin Wehmann verdankt, das wird in nächster Nummer von berufener Seite geschildert werden. Das Proletariat darf und kann

über den Massengräbern der Seinigen, die der Weltkrieg füllt, nicht den bescheidenen Einzelhügel vergessen, der ein Herz deckt, das bis zur letzten Minute für die Sache der Menschheitsbefreiung schlug, unter dem ein Wille zur Ruhe gekommen ist, der selbstlose Hingabe an dies große Ziel befahl.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

In der Kriegsverstümmelten-Fürsorge leisten unsere Gewerkschaften nach wie vor praktische Hilfe. Die Abmachungen in der Berliner Metallindustrie haben wir an dieser Stelle schon erwähnt. Auch der Holzarbeiterverband hat dieser wichtigen Frage beizeiten erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Vom Steinsecherverband hören wir, daß dort zentrale Regelungen bereits getroffen sind. Alle Vereinbarungen zielen darauf ab, daß der Kriegsbeschädigte auf dem Arbeitsmarkt nicht als Lohndrücker wirkt, daß er trotz geminderter Arbeitskraft nicht außerhalb des Tarifvertrags steht. Einzelne Unternehmer haben schon versucht, Kriegsbeschädigte als minderwertige Arbeitskräfte einzustellen und ihnen die Kriegsrente auf den Lohn in Anrechnung zu bringen. Deshalb wurde im Steinsechergewerbe festgelegt, daß die Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach den tariflich festgesetzten Bedingungen zu erfolgen hat. Für Arbeiter, deren Arbeitskraft erheblich beschränkt ist, soll der Verdienst von den beruflichen Schlichtungsinstanzen bestimmt werden. Dadurch ist der Willkür in der Entlohnung ein Niegel vorgeschoben.

Der Holzarbeiterverband hat wie keine zweite Gewerkschaft schon in Friedenszeiten mit vielen Berufsinvaliden zu rechnen. Seine Erfahrungen wiesen ihn sehr zeitig auf eine Regelung der Kriegsinvalidenfrage hin. Die furchtbaren Verletzungen an den Holzbearbeitungsmaschinen veranlaßten den Verband, sich mit der Verstümmeltenfürsorge zu beschäftigen. Seine Unfallausstellungen haben sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den staatlichen Versicherungsorganen, den Gewerbeaufsichtsbeamten usw. großen Eindruck gemacht. Besonders wirksam war „die Ausstellung der klagenden Hände“ auf der Leipziger Weltausstellung im Jahre 1913. Durch eine Menge Photographien machte der Verband damals die Öffentlichkeit mit den entsetzlichen Verstümmelungen durch Holzbearbeitungsmaschinen bekannt. Jetzt hat der Verbandsvorstand Grundzüge ausgearbeitet für die Stellung der Gewerkschaften zur Kriegsinvalidenfrage. Sie enthalten die von den Arbeitern zu erhebenden Forderungen, ferner praktische Vorschläge für die Regelung der Unterstützung und der Rentenbehandlung, für die Organisation der Arbeitsvermittlung, die Unterbringung der in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Kriegsteilnehmer und anderes mehr. Eine Konferenz von Vorstandsvertretern unserer Zentralverbände einigte sich auf diese Vorschläge. Der Holzarbeiterverband hat außerdem noch den Lichtbildervortrag in den Dienst der Sache gestellt. Nach einer kurzen Darstellung der wichtigsten Kriegseignisse und nach Vorführung einiger bedeutenden Kunstwerke aus Belgien und Frankreich werden vor allem die Leistungen moderner ärztlicher Kunst in der Wundbehandlung und dem Ersatz der natürlichen Gliedmaßen durch künstliche geschildert. Daran knüpfen sich belehrende Ausführungen über die Rentenansprüche, und schließlich wird das Wirken der gewerkschaftlichen Organisation für die Schwachen und Hilfsbedürftigen im allgemeinen und für die Unfallverletzten und Kriegsverstümmelten im besonderen dargelegt. Diese Vorträge erfreuen sich nicht nur eines überaus zahlreichen Besuchs, sondern sie erregen auch oft die Aufmerksamkeit der Behörden und Korporationen (Gewerbeinspektion, Ärztekammer und anderes mehr). Mancher trostlos in das Dasein blickende Schwerverletzte wird wieder aufgerichtet, weil er empfindet, daß ihm seine Organisation auch in dieser schweren Zeit treu zur Seite steht.

Einen schrillen Mißklang zu diesem Wirken der Gewerkschaften bildet immer wieder das Vorgehen einzelner Behörden, die auch in der Zeit des Burgfriedens ihre gewerkschaftsfeindlichen Reigungen nicht unterdrücken können. Das wird durch die Art und Weise erhärtet, wie sie gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen behandeln. Dem Personal der bayerischen staatlichen Werkzeugsanstalten war es bekanntlich verboten worden, sich einer freien Gewerkschaft anzuschließen. Durch Unterzeichnung eines Reverses mußte sich jeder Angestellte dieser Vorchrift unterwerfen. Die freien Gewerkschaften Nord- und Südbayerns hatten im Herbst vorigen Jahres an die Regierung das Ersuchen gerichtet, diesen Revers aufzuheben. Darauf kam eine ausweichende Antwort, die einer grundsätzlichen Entscheidung aus dem Wege ging. Die Regierung verschanzte sich hinter der Ausrede, daß bei den jetzigen Verhältnissen die Hand-

habung des Reverses nicht in Frage komme. Unsere Verbände aber haben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden gegeben. Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes protestierte gegen das Bestehen des Reverses. Im Verein mit dem Vorstand des Transportarbeiterverbandes hat sich die Organisationsleitung an das bayerische Verkehrsministerium um Veseitigung der ungerichten Vorchrift gewandt. Just zu derselben Zeit, da diese gewerkschaftliche Aktion in Bayern eingeleitet wird, kommt aus Bremen eine wichtige Mitteilung. Frauen, die bei den Bahnen jetzt als Streckenarbeiterinnen eingestellt werden, sollten in Gemelungen bei Bremen einen Revers unterschreiben, durch den sie sich verpflichten, „auch außerhalb des Dienstes sich achtbar und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten“. Bei der Einstellung wurde den Arbeiterinnen noch besonders gesagt, daß sie dem Transportarbeiterverband und sozialdemokratischen Vereinen nicht angehören dürfen, und daß Zuwiderhandlungen die sofortige Kündigung des Arbeitsverhältnisses zur Folge haben würden. Ob es sich dabei nur um das Weitertragen im alten bürokratischen Geiste handelt, oder ob die feste Absicht dahinter steckt, auch in der Zeit des Burgfriedens auf „Ordnung“ zu sehen, darüber kann man keine Vermutungen haben. Ohne Zweifel werden sich aber die in Betracht kommenden Gewerkschaften bald die nötige Klarheit darüber verschaffen.

Teuerungszulagen zu den Löhnen zu fordern, ist im Hinblick auf die immer noch steigenden Lebensmittelpreise eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften. Im Bergbau, in der Holzindustrie und in der Textilindustrie sind solche Bestrebungen sehr stark im Gange. Die Unternehmer aber, die am ehesten Lohnzulagen bewilligen könnten, sträuben sich am meisten dagegen. Im Bergbau herrscht Hochkonjunktur. Trotzdem wollen die Bergherren keinerlei Lohnzulagen gewähren. Mancherorts kam es schon zu partiellen Streiks. Sehr interessant ist eine Mitteilung aus dem Braunkohlenrevier. Danach möchten die Bergwerksbesitzer unter Berufung auf die gestiegenen Löhne eine Erhöhung der Kohlenpreise herbeiführen. Ein eigentliches Steigen der Löhne hat aber gar nicht stattgefunden; der höhere Verdienst der Arbeiter ist lediglich die Folge gesteigerter Arbeitsleistung. Eine Preiserhöhung der Kohle um 1 Mk. für die Tonne bedeutet bei der jetzigen Förderung einen Gewinn von 84 Millionen Mk. für die Bergherren und eine dementsprechende Belastung der Verbraucher. Schon ohne die ersuchte neue Preissteigerung haben die Werke hohe Gewinne und verteilen reichliche Dividenden. Von Lohnzulagen, die gerade jetzt vollauf gerechtfertigt sind, ist aber recht selten etwas zu hören, und wenn sie erfolgen, sind sie winzig. Wie es mit Lohnzulagen in der Textilindustrie steht, wird in nächster Nummer ausführlich berichtet. In der Holzindustrie sind die Erfolge der organisierten Arbeiterschaft ein wenig besser. Dabei muß beachtet werden, daß dieses Gewerbe im allgemeinen durch den Krieg in keine günstige Lage geraten ist. Die Arbeiter können daraus ersehen, wie falsch die bürgerliche Behauptung ist, wonach sich der Arbeitslohn nach dem Profit der Unternehmer richtet. Fast ist es umgekehrt: je mehr Profit, desto rücksichtsloser sind die Herren, wenn nicht eine starke Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Wünsche und Praktiken in die Schranken weist. #

Die Gründung eines gewerkschaftlichen Frauenblattes für die organisierten Arbeiterinnen wurde von der Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände beschlossen, die vom 5. bis 7. Juli in Berlin stattgefunden hat. Der Beschluß entsprach diesem Antrag, dem der letzte Verbandstag der Metallarbeiter jüngst seine Zustimmung gegeben hatte: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken.“ Die Diskussion brachte dem Antrag fast alleseitige Zustimmung. Für den Beschluß können unzweifelhaft gewichtige sachliche Gründe ins Feld geführt werden. Der Bericht im „Vorwärts“, Nr. 181, Dienstag den 18. Juli, enthält jedoch statt sachlicher Gründe lediglich eine Kritik an der „Gleichheit“. Er vermerkt aus der Diskussion:

„Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Zetkin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in vertieften Theorien und hochtrabenden Stilübungen ergebe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweck-

entsprechende Umgestaltung der „Gleichheit“, von einem anderen die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein vor-aussichtlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus, und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblatts Schwierigkeiten ergeben sollten.“

Ich stelle zu den Einwürfen folgendes fest:

1. Die „Gleichheit“ soll kein ausschließlich gewerkschaftliches Organ sein, sondern ein sozialistisches Blatt, das selbstverständlich auch die gewerkschaftlichen Fragen der Bedeutung entsprechend behandeln muß, die ihnen für die bewußte Beteiligung der Proletarierinnen am Klassenkampf, an der allgemeinen Arbeiterbewegung zukommen. Durch den allgemeinen Charakter, die allgemeinen Aufgaben der „Gleichheit“ sind der Erörterung gewerkschaftlicher Fragen gewisse Grenzen gezogen. Das Gewerkschaftliche ist nur ein Glied, allerdings ein sehr wichtiges Glied in einem Ganzen. Gerade der Charakter der „Gleichheit“ als eines sozialistischen Organs war ausschlaggebend dafür, daß einige Gewerkschaften sie als Nebenorgan für ihre weiblichen Mitglieder einführten. Das Blatt sollte das Gewerkschaftsorgan nicht ersetzen, vielmehr ergänzen.

2. Ich habe mich jederzeit bemüht, dieser Auffassung getreu Gewerkschaftsfragen behandeln zu lassen. Die Vorstände der Verbände, die die „Gleichheit“ als Nebenorgan für ihre weiblichen Mitglieder hatten, bestimmten auf mein Ersuchen hin selbst die ständigen Mitarbeiter, die lausend über alles Bedeutsame aus dem Gebiet der Verbandstätigkeit berichten sollten, sei es in kurzen Notizen, sei es in ausführlichen Artikeln. Anfänglich enthielt außerdem jede zweite Nummer, später, bei Vergrößerung des Umfangs, jede Nummer der „Gleichheit“ eine gewerkschaftliche Rundschau, die einem Genossen anvertraut ist, der lange Jahre hervorragend gewerkschaftlich tätig war und dessen Sachkenntnis und Objektivität kaum bestritten werden dürfte. Angesehene Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden von mir jederzeit aufgefordert, auf-tauchende wichtige Einzelfragen zu behandeln, deren Erörterung in der „Gleichheit“ nötig schien. Das sind Tatsachen, die in den Jahrgängen der „Gleichheit“ nachgeprüft werden können. Wenn die „Gleichheit“ seit Kriegsausbruch ihren gewerkschaftlichen Teil — wie ihren Umfang überhaupt — leider erheblich einschränken mußte, so hatte sie sich unter das gleiche Gebot materieller Notwendigkeiten zu beugen, das auch die Verbandsorgane zwingt, Umfang und Inhalt zu vermindern.

3. Zu meiner Kenntnis ist eine einzige Erklärung aus Gewerkschaftskreisen gelangt, die „Gleichheit“ erfülle ihre gewerkschaftlichen Aufgaben nicht in genügender Weise. Sie wurde auf der letzten Tagung des Fabrikarbeiterverbandes ausgesprochen. Ich habe damals den Vorstandsvorstand sofort darum ersucht, mich bei den Bemühungen zu unterstützen, das Blatt den besonderen Bedürfnissen der Organisation dadurch nutzbarer zu machen, daß er nach dem Beispiel anderer Vorstände eine ständige Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter bezeichne. Gewiß, auch auf einem früheren Verbandstag der Textilarbeiter wurde scharfe Kritik an dem Charakter und der Haltung der „Gleichheit“ geübt. Allein die berufensten Wortführer der Organisation, die Genossen Jäckel, Wetterlein usw. wiesen sie mit der größten Entschiedenheit zurück und betonten, die „Gleichheit“ müsse gerade wegen ihres Charakters und ihrer Haltung unter den gewerkschaftlich organisierten Frauen verbreitet werden. Lange Jahre habe ich als Redakteurin in Verbindung mit den Vorständen der Gewerkschaften gestanden, deren Nebenorgan die „Gleichheit“ war. Sie werden mir bezeugen können, daß ich stets für Anregungen ein offenes Ohr hatte. Nie haben sie mir im Laufe der Jahre erklärt, die „Gleichheit“ sei völlig „ungeeignet für gewerkschaftliche Zwecke“, nie haben sie mich „aufgefordert“, ihren Charakter gründlich zu ändern.

Ich habe nicht die geringste Veranlassung, mich gerade mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände auseinanderzusetzen, was „verstiegene Theorien und hochtrabende Stilübungen“ sind. Die Kritik, die die Konferenz an der „Gleichheit“ und meiner vierundzwanzigjährigen Tätigkeit als Redakteurin geübt hat, ist mir sicherlich interessant und beachtlich als Symptom der Entwicklung, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung vollzieht. Jedoch überlasse ich ruhig einem anderen Forum das Urteil über das, was die „Gleichheit“ seit fast einem Vierteljahrhundert zur Erweckung und

Sammlung und Schulung der proletarischen Frauen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse national und international geleistet hat. Wilhelmshöhe, Post Degerloch, den 15. Juli 1915.

Klara Zetkin.

## Notizenteil.

### Burgfrieden.

**Versammlungsverbote.** Dem sozialdemokratischen Verein in Halle war für Donnerstag, den 8. Juli eine Mitgliederversammlung anstandslos genehmigt worden. Als aber die Behörden erfuhr, daß Genosse Gaase das Referat halten sollte, kam plötzlich die bisher in Halle nicht übliche Forderung, das Manuskript des Vortrags einzusenden. Natürlich weigerte sich Genosse Gaase, diese Forderung zu erfüllen, darauf wurde die Genehmigung zu der Versammlung zurückgezogen.

### Für den Frieden.

**Der französische Nationalrat und die Opposition.** Der durch den Protest der Föderation von Haute Vienne gegen die offizielle Parteipolitik in Frankreich veranlaßte Parteikonferenz hat am 15. Juli in Paris getagt. Die Sitzung trug nach dem Bericht der „Humanité“ einen streng vertraulichen Charakter. Einzelheiten über die Debatten werden nicht veröffentlicht. Nur daß sie umfangreich gewesen seien, wird verraten. Vertreten waren mit wenigen Ausnahmen sämtliche Föderationen. Die in der Schlußsitzung einstimmig angenommene Resolution bewegt sich in ziemlich allgemeinen und unklaren Ausdrücken. Zunächst wird darin die bisherige Partei- und Fraktionspolitik gerechtfertigt und die vollkommene Unschuld Frankreichs am Kriege betont. Als Grundlage eines dauerhaften Friedens bezeichnet die Resolution: absolute Achtung vor der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nationen, Schiedsgerichtsverfahren, Einschränkung der Rüstungen, demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik, internationale Volksgewalt. Um diese Forderungen zu verwirklichen und den „angriffslustigsten, brutalsten und gewissenlosesten Imperialismus“ aus Europa zu verjagen, erklärt sich der Nationalrat von neuem bereit, das Werk der nationalen Verteidigung „ohne Rückhalt und ohne Nachlassen“ zu unterstützen. Der Nationalrat spricht dabei nicht bloß von der Befreiung Belgiens und der besetzten Gebiete Frankreichs, sondern auch von der „Wiederherstellung des Rechtes für Elsaß-Lothringen“. Dieser Ausdruck ist reichlich unklar. Praktisch kommt dabei nichts anderes heraus als das Wiederaufleben des früher von der französischen Sozialdemokratie so mutvoll bekämpften Revanchegedankens. Dunkel bleibt ebenfalls, wie der Nationalrat die Ausrottung des deutschen Militarismus durch die Armeen des Vierverbands sich denkt und dabei das Prinzip der Nationalitäten gewahrt wissen will. Der Gang des Krieges zeigt, daß die Reaktion in allen Ländern erstarkt ist, nicht zum wenigsten in Frankreich und England, wo sich Sozialisten an der Regierung beteiligen. Wo der Imperialismus zur Herrschaft kommt, ist er immer gleich unerfättlich. So bedeutet denn die Erklärung gegen jede Eroberungspolitik, die an den Schluß angehängt ist, nicht mehr als eine „schöne Geste“, nachdem die Partei ihre Entschlossenheit ausgesprochen hat, mit der Regierung durch dick und dünn zu gehen. Welcher schlechten Dienst eine nationalistische versuchte Sozialdemokratie mit solchen Beschlüssen der Sache des Friedens und des Proletariats leistet, zeigt der laute Jubel, der bei der Nachricht von dem Beschluß des Nationalrats in den bürgerlichen Blättern Deutschlands losbrach.

Daß die Beschlüsse des Nationalrats in Paris sich durchaus nicht mit dem Willen und den Überzeugungen eines großen Teiles der französischen Genossen decken, geht aus der Kundgebung hervor, mit der kurz vor der Tagung das Aktionskomitee sozialistischer Frauen Frankreichs an die Öffentlichkeit trat. Es begrüßte darin das Manifest der Föderation von Haute Vienne und verpflichtete alle sozialistischen Frauen, in ihren Vereinen, Versammlungen usw. dafür zu wirken, daß dieses Schriftstück an die Tagung des Nationalrats komme. Das Komitee sprach den Wunsch aus, daß die Mehrheit der französischen Partei den

Ausführungen der Föderation von Haute Vienne zustimme. So weit scheint allerdings die sozialistische Selbstbestimmung in den Reihen der Parteivertreter auf der Tagung noch nicht gebrochen zu sein.

Wieso es zu erklären ist, daß die offizielle Parteipolitik noch einmal siegte, geht aus Pariser Berichten deutlich hervor. Danach fehlt der Opposition noch die Geschlossenheit, theoretische Klarheit und ein festes Programm. Sie ist ganz naturwüchsig emporgekommen, ohne Einfluß der Parteiführer und Parteiliteratur. Es spricht dies dafür, daß sie tief in dem arbeitenden Volk wurzelt, und wenn sich die Delegierten auch diesmal noch von einer ebenso unklar wie geschickt abgefaßten Resolution einfangen lassen, so werden doch draußen die Massen sich auf die Dauer nicht vor den Wagen des französischen Imperialismus spannen lassen. Dafür sorgt schon die Brutalität der Unternehmer und das wachsende Elend.

Die Wahlen zur Tagung des Nationalrats gingen überall unter heftigen Debatten vor sich. Von 64 Parteibezirken haben sich 15 mit dem Bericht der Föderation Haute Vienne einverstanden erklärt. Im Parlament sollen etwa 20 Abgeordnete auf dem Boden des Berichts stehen. Die Tatsache, daß am 8. Juli 3 sozialistische Abgeordnete den Mut fanden, dem Ministerium der nationalen Verteidigung das Vertrauen zu verweigern, ist ebenfalls ein erfreuliches Symptom. Ein sozialistisches Blatt in England veröffentlicht eine bedeutsame Zuschrift aus Paris, in der es unter anderem heißt: „Die jüngeren Mitglieder der sozialistischen Partei stehen an der Front. Man kann sie weder befragen, noch läßt sich ihre allgemeine Stimmung feststellen. Unter den Sozialisten aber, die sich nicht an der Front befinden, gibt es tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die durch den Krieg heraufbeschworenen Fragen... Die Linke hat eine große Mehrheit unter den Sozialisten im Süden Frankreichs, und nach meiner Meinung umfaßt sie wahrscheinlich die Mehrheit der Gesamtpartei...“ Vielleicht hat der Einsender zu optimistisch gesehen, auf jeden Fall werden die entschiedenen Sozialdemokraten in Frankreich im Kampfe um ihre Überzeugung sich nicht irren lassen, der ein Kampf um den Weltfrieden ist.

**Friedenskampf der rumänischen Sozialdemokraten.** Auf Sonntag, den 18. Juni hatten die Sozialdemokraten in Bukarest eine Friedendemonstration auf öffentlichem Plage angesagt. Sie wurde verboten. Trotzdem strömten die Massen zusammen. Als nun Polizei und Militär gegen die von Genossen Cristescu geführte Menge mit Gewehrkolben, Säbeln und Knütteln einschritt, eröffneten die Arbeiter ein Bombardement mit Ziegeln und Steinen. Etwa 40 Genossen wurden verhaftet, 20 verletzt. Die Verhafteten wurden auf dem Wege zur Wache mißhandelt. Polizei und Militär hatten ebenfalls 12 Verletzte. Gegen einzelne der Verhafteten wurde ein Strafverfahren eingeleitet, die anderen setzte man am nächsten Tag wieder in Freiheit. Der Blutsonntag trug natürlich nicht die gewünschten Früchte. Statt sich einschüchtern zu lassen, haben die rumänischen Arbeiter am Sonntag, den 4. Juli eine von über zehntausend Personen besuchte Massenversammlung abgehalten. Alle Redner erklärten sich für die endgültige Aufrechterhaltung der Neutralität, eine Resolution protestierte gegen die Ungezüglichkeit vom 18. Juni, gegen die Kriegstreiberereien einzelner Blätter und die Haltung der Regierung, deren Maßregeln das Wirtschaftsleben einschränken und die Lebenshaltung verteuern. Die Sozialisten aller Länder werden aufgefordert, alle Kräfte für den Weltfrieden einzusetzen. Die Versammlung wurde unter Rufen: „Es lebe der Friede, nieder mit dem Krieg! ohne Störung geschlossen.“

**Die serbischen Sozialisten bleiben Kriegsgegner.** In der serbischen Skuptschina haben die beiden sozialistischen Abgeordneten kürzlich abermals die Bewilligung der Kriegskredite abgelehnt.

**Eine bedeutsame Friedenskundgebung der schwedischen Frauen** hat stattgefunden. Sie wurde von bekannten Führerinnen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Frauen vorbereitet, die selbstverständlich auch an der Veranstaltung teilnahmen, die als Friedenssonntag organisiert war. An einem Sonntag fanden in mehr als 840 größeren schwedischen Orten Versammlungen statt, in denen die Friedensresolution des Haager Internationalen Frauenkongresses zur Annahme gelangte. Die Regierung Schwedens wurde aufgefordert, die Frage zu prüfen, was geschehen könne, um für einen baldigen Frieden zu wirken. An den Versammlungen haben über 91000 Frauen teilgenommen. Zu den Unterzeichnerinnen des Aufrufs für den Friedenssonntag gehörten Selma Lagerlöf und Ellen Key, Frauen von verdientem Belauf.

### Frauenstimmrecht.

**Wie der Senat von Kalifornien über das Frauenwahlrecht urteilt,** erhellt aus der nachstehenden Resolution, die am 1. Mai dieses Jahres einstimmig zur Annahme gelangt ist:

„So erfolgreich hat sich der Gebrauch und die Wirkung der gewährten gleichen politischen Rechte für die Frauen erwiesen, daß, wenn noch einmal über die Neuerung abgestimmt werden müßte, sie mit überwältigender Mehrheit beschlossen werden würde. Die Einführung des Frauenwahlrechts in Kalifornien gehört zu den wichtigsten Faktoren, die zu den ausgesprochenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten unseres Volkes in den letzten Jahren beigetragen haben. Jede herabsetzende Behauptung, als ob das Frauenwahlrecht diesem Staate nicht förderlich sei, entbehrt der Grundlage in den Tatsachen und wird durch die anerkannte Intelligenz und scharfe Urteilsfähigkeit widerlegt, die die Wählerinnen bei den Entscheidungen über die großen politischen und wirtschaftlichen Fragen des Tages an der Wahlurne befundet haben.“

### Die Frau in öffentlichen Ämtern.

**Weibliche Vormünder in Österreich** können — wie wir bereits mitteilten — bestellt werden, seitdem im Herbst 1914 die Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch erlassen worden ist. Der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“ und andere Frauenorganisationen lassen sich angelegen sein, unter den Frauen dafür zu wirken, daß sie Vormundschaften übernehmen. Vorträge über die Pflichten und Rechte der Vormundschaft sollen sie für das Amt schulen. Um diese Bestrebungen zu fördern, wurde am 21. Juni ein Verband für weibliche Vormundschaft gegründet, der am folgenden Tage seine erste Beratungsstelle eröffnete. Der Verband soll die Anmeldungen weiblicher Vormünder sammeln, zwischen diesen und den Vormundschaftsgerichten vermitteln, sowie alle Frauen sachkundig beraten, die Vormundschaften übernehmen wollen oder schon übernommen haben.

**Frauen in englischen Kriegsfürsorgeorganen.** In Nr. 11 berichteten wir davon, daß die Regierung Großbritanniens Frauen zur Mitarbeit in Körperschaften berufen habe, die der Kriegsfürsorge dienen. Wie uns mitgeteilt wird, ist das in größerem Umfange geschehen, als bis dahin die Presse gemeldet hatte. In dem Zentralausschuß für Frauenbeschäftigung sitzen zum Beispiel fünf Vertreterinnen der organisierten Arbeiterinnen, Schriftführerin ist Genossin Macarthur, eine der tüchtigsten Gewerkschaftsführerinnen. Dem Ausschuß gehört auch Genossin Dr. Phillips an, die Vorsitzende des Internationalen Frauenrats der sozialistischen und Arbeiterorganisationen Großbritanniens. Die fünf Vertreterinnen der organisierten Arbeiterinnen sind in den Zentralausschuß von dem Arbeiter-Kriegsfürsorgekomitee delegiert worden, einer Körperschaft, die beim Ausbruch der Katastrophe von der Arbeiterpartei ins Leben gerufen worden ist. Sie trägt den ausgesprochenen Charakter einer Arbeitervertretung und leistet ganz Treffliches für die Wahrung proletarischer Interessen jeder Art. Das Arbeiter-Kriegsfürsorgekomitee hat unter anderem mit Erfolg dafür agitiert, daß die Unterstützungssätze für die Angehörigen der Kriegskleinnehmer erhöht werden mußten.